Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 M., monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spendhaus 6. — Telephon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 120 Pfg., von auswärts 160 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 400 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. — Postscheckkonto Danzig 2945 Expedition: Am Spendhaus 6. — Telephon 3290.

Nr. 175 | Donnerstag, den 29. Juli 1926 | 11. Jahrgang

Englands Absichten gegen Rußland.

Der nationale Gedanke und die Bolschewiki

Vor nicht ganz einem Jahre standen die Truppen Judenitschs vor Petersburgs Toren und die Todesstunde des bolschewistischen Regimes schien bereits zu schlagen, um so mehr, als die weißen Truppen Koltschaks in Sibirien und Denikins in der Ukraine sich zur gleichen Zeit dem Herzen Rußlands näherten und als die Räteexperimente Levinés in Bayern und Bela Khuns in Ungarn katastrophal zusammengebrochen waren. Allerdings sind die militärischen und politischen Verhältnisse der übrigen Welt für Rußland nicht maßgebend, und der Gewinn an Boden ist bei Rußlands endlosen Steppen kein ausschlaggebender Faktor. Einem einzigen Feldherrn ist es in der Weltgeschichte gelungen, von West her bis in Rußlands eigentliches Herz vorzudringen — und dieses Gelingen war sein Tod: Napoleons I. Dämmerung datiert eigentlich von dem Tage, an dem er seine fabelhafte militärische Leistung vollbracht hatte, die scheinbare Ueberwindung der russischen Unendlichkeiten, die Einnahme Moskaus. Auch Ludendorff wurde die russische Steppe zum Verhängnis, obwohl der Brest-Litowsker Gewaltfrieden ihm eine zeitlang recht zu geben schien. Und selbst wenn es Judenitsch gelungen wäre, die 10 Kilometer, die ihn im Herbst 1919 von Petersburg noch trennten, zu überwinden, so ist noch keineswegs damit gesagt, daß es ihm in der Folge gelungen wäre, Moskau zu erreichen und die Bolschewiki in ihrer Hochburg niederzuzwingen.

Und dennoch — wer hätte damals an die Möglichkeit geglaubt, daß die Sowjet-Regierung den Winter 1919—1920 noch überstehen könnte? Alle Nöte der Kriegs- und Nachkriegszeit, Hunger, Verkehrsstockung, Arbeitslosigkeit, Kälte hatten ihren Paroxismus erreicht, und selbst der blutigste Terror schien auf die Dauer unfähig, ein Regime aufrechtzuerhalten, dessen einzige Stütze, die militärische Macht, durch unausgesetzte Niederlagen derart und zusehends geschwächt wurde.

Nun befinden wir uns im Hochsommer 1920, und dasselbe Rote Oberkommando, das einst verzweifelt um den Besitz der früheren Hauptstadt rang, hat als überwältigender Sieger den Polen einen Waffenstillstand gewährt. Von Judenitsch und Denikin hört man seit langem nichts mehr, und Koltschak ist gefangen genommen und erschossen worden. Diese geradezu rätselhafte militärische und politische Schicksalswendung mag zum Teil auf eine rechtzeitige Einkehr der Moskauer Diktatoren auf innerpolitischem und wirtschaftlichem Gebiete zurückzuführen sein — allein diese Erklärung genügt nicht, um die Wechselfälle in den osteuropäischen Verhältnissen zu erklären. Es hat sich ohne Zweifel ein Faktor eingestellt, der den Diktatoren ihre Aufgabe im Innern so unendlich erleichterte, daß ihnen eine ungeheure außenpolitische und militärische Kraftanspannung ermöglicht wurde.

Dieser Faktor ist der nationale Gédanke, zu dem die Revolutionäre zurückgekehrt sind, vorausgesetzt, daß sie ihn jemals wirklich preisgegeben hatten. Zwar gehörte das Bekenntnis zur Niederlage des eigenen Landes als Vorbedingung der revolutionären Entwicklung zum geistigen Propaganda-Arsenal der Bolschewiki, solange sie sich nur als politische Flüchtlinge in der Schweiz (Zimmerwald und Kienthal) oder als oppositionelles Häuflein im Kerensky-Rußland betätigten, doch als regierende Partei warfen sie bald ihre Vaterlandsverneinung zum alten Eisen. Das zeigte bereits ihre Haltung in Brest-Litowsk. Nur das verknöcherte Gehirn eines Clémenceau konnte in dem Auftreten Trotzkys Kühlmann und Hoffmann gegenüber Landesverrat erblicken. In Wirklichkeit ist die eigentliche Todesstunde des kaiserlichen Deutschlands jene, in der, infolge der Weigerung der Sowjet-Unterhändler, die imperialistischen Bedingungen des deutschen Großen Hauptquartiers anzunehmen, der Vormarsch der deutschen Truppen auf Kiew befohlen wurde.

Wiederum war es der nationale Gedanke, der die Roten Truppen auf Riga und Ostpreußen trieb, als der deutsche militärische Zusammenbruch vollzogen war. Der nationale Gedanke gab Trotzky und Lenin die moralische Kraft und die innerpolitische Bewegungsfreiheit, die nötig waren, jedesmal, als die militärische Lage für sie besonders bedrohlich aussah. Es dürfte viel Wahrheit in der vielfach ausgesprochenen Vermutung stehen, daß das Sowjet-Regime schon längst in sich zusammengebrochen, wenn es in Frieden gelassen wäre. Aber jeder militärische Angriff, den es zurückzuschlagen galt, war eine erwünschte innerpolitische Diversion für die bedrängten Diktatoren.

Die Auferstehung des russischen Bolschewismus, die man heute im Vergleich zu seiner Lage vor einem Jahre feststellen mußte, ist in erster Linie die Folge des frevelhaften Angriffs, den das imperialistische Polen auf Geheiß Frankreichs im Frühjahr dieses Jahres unternommen hat und der nach kaum vierzehn Tagen vorübergehender Erfolge zur polnischen Bitte um Waffenstillstand geführt hat. Inwiefern die Gewährung dieser Bitte durch den russischen Oberkommandierenden, Volkskommissar Kamenew, frei von Ministergedanken ist, ob sie nicht dem Wunsch entspricht, den Nachschub der weit vorgedrungenen Truppen zu organisieren, läßt sich von hier aus schwer sagen.

Ueberhaupt sind die Gedankengänge der Bolschewiki sehr kompliziert, und ihre Motive lassen sich nicht in einfachen Formeln ausdrücken. Das Nationalgefühl Lenins und Trotzkys ist in seinem Wesen sicherlich auch international insofern, als die Bolschewiki davon überzeugt sind, daß von ihrem Siege auch der Sieg der Weltrevolution abhängt, der allein von ihnen ausgehen kann. Eins aber steht fest: Die Männer, die bedenkenlos die früheren zaristischen Generale und Offiziere verwenden und die nach der Wiederherstellung der alten Grenzen des Zarenreiches streben, sind weit von jenem verwaschenen Internationalismus entfernt, den die deutschen Unabhängigen als den einzigen wahren Internationalismus preisen und der ihnen nur die Verachtung der Moskauer eingetragen hat.

Die Vereinbarungen Lloyd Georges mit Millerand.

Ueber die Zusammenkunft Lloyd Georges mit Millerand telephoniert der Sonderberichterstatter der Agence Havas: Was die von der Sowjetregierung verlangte internationale Konferenz anlange, wird die britische Regierung im Einverständnis mit der französischen Tschitscherin antworten, daß die Konferenz nur dann zusammentreten kann, wenn die Bolschewisten damit einverstanden sind, daß Polens Schicksal dabei diskutiert wird. Wenn die Moskauer Regierung diesen Vorschlag annimmt, wird Millerand die Bedingungen für die Anerkennung der Sowjetregierung stellen. Alle qualifizierten Vertreter Rußlands und der Randstaaten sollen an der Konferenz teilnehmen. Eine weitere wichtige Entscheidung würde in der Frage des Inkrafttretens des finanziellen Teiles des Uebereinkommens von Spa getroffen werden. Die Wiedergutmachungskommission wird beauftragt werden, die Ausführung des Uebereinkommens in jeder Hinsicht zu sichern, sowohl was die Kohlenlieferungen als auch was die von den Alliierten zu gewährenden Vorschüsse anlangt. Deutschland soll am 1. September 1920 der Wiedergutmachungskommission Schatzscheine im Werte von 60 Millionen Goldmark mit dem Verfalltag des 1. Mai 1921 und einem jährlichen Zinsfuß von 6 Prozent übergeben. Nach dem 1. September 1920 und je nach den erfolgten Kohlenlieferungen wird Deutschland ähnliche Schatzscheine nach Maßgabe der Vorschüsse übergeben. Um den Betrag der zu gewährenden Vorschüsse rascher festzustellen, kann die Kommission provisorisch die Quote der monatlich Deutschland zu gewährenden Vorschüsse auf 40 Goldmark pro Tonne festsetzen. Die französischen Kreise sind von dieser Lösung sehr befriedigt.

Vor der Londoner Konferenz.

Paris, 27. Juli. (Havas.) Es ist anzunehmen, daß der Vorschlag der Sowjetregierung, mit den hauptsächlichsten alliierten Mächten an einer internationalen Konferenz teilzunehmen, der Grund der Zusammenkunft in Boulogne ist. Millerand hat nach Verständigung der britischen Regierung wahrscheinlich für diese Verhandlung Bedingungen gestellt. Er möchte die Verhandlungen von der Anerkennung der von der früheren russischen Regierung übernommenen Verpflichtungen abhängig machen und von der Bestätigung der Macht der Sowjetregierung durch eine Volksabstimmung. Es ist außerdem nicht wahrscheinlich, daß Millerand plötzlich General Wrangel im Stiche läßt und den Bolschewisten überliefert, die seine Unterwerfung gefordert haben. Außerdem erscheint es Frankreich wünschenswert, daß die Vereinigten Staaten auf dieser Konferenz vertreten sind, deren Widerhall die Grenzen Europas überschreiten werde. Der Ministerpräsident würde sich nicht weigern, an den Verhandlungen teilzunehmen.

Amnestie für die Ruhrgebietskämpfer.

Eine Amnestie für die am Kapp-Putsch und an der Kappabwehrbewegung im Ruhrgebiet beteiligten Personen, soweit sie nur politischer Vergehen beschuldigt sind, bildet, wie die Blätter hören, den Gegenstand von Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Reichstagsparteien. In parlamentarischen Kreisen wird Wert darauf gelegt, wenn möglich, das Amnestiegesetz noch im laufenden Tagungsabschnitt fertigzustellen.

Polnischer Rückzug an der ganzen Front!

Kopenhagen, 27. Juli (W. B.) **Wie aus Warschau telegraphiert wird, meldet der polnische Heeresbericht: Westlich des Zelwia-Flusses ziehen sich die Polen unter dem Druck des Feindes zurück. In der Berestejschka-Gegend müssen die Polen gleichfalls weichen. Ihre Lage ist dort sehr schwierig. Im Abschnitt Krzemieniec-Wolczynsk ist die polnische Front vor den feindlichen Angriffen zurückgegangen.**

Massenverhaftungen Deutscher in Polen.

Wie mehrere Blätter aus Meseritz melden, ist es in der früheren Provinz Posen zu Unruhen gekommen. In mehreren kleineren Ortschaften bei Neutomischel gelang es polnischen Spitzeln und Provokateuren, die deutsche Bevölkerung aufzuhetzen. Polnische Gendarmerie wurde entwaffnet und gefangen gesetzt, Gemeindegebäude und Postämter besetzt. Herbeigerufenes polnisches Militär verhaftete 100 bis 150 Deutsche, die nach gröbster Mißhandlung nach der Posener Festung gebracht wurden, wo sie ihrer Aburteilung wegen Landesverrats entgegensehen.

Nach einem Blättertelegramm aus Posen entziehen sich auch zahlreiche Polen der Aushebung zum Heeresdienst, indem sie erklären, Deutsche zu sein. Täglich desertieren Hunderte von Soldaten, die teilweise mit ihren Waffen über die Grenze gehen.

Genügen 96 Proz. der Stimmen nicht?

Paris, 27. Juli. (Havas.) **Die Botschafterkonferenz beschäftigte sich gestern mit der Frage von Allenstein und Marienwerder, sie hat einen Ausschuß von Rechtsgelehrten damit beauftragt, einen Entwurf über die Maßnahmen vorzulegen, die infolge der Abstimmung notwendig werden. Die Verschiebung von Besatzungstruppen in dieser Gegend ist eingestellt.**

Wozu ein „Ausschuß von Rechtsgelehrten" noch notwendig sein sollte nach dem überwältigenden deutschen Abstimmungssieg vom 11. Juli ist nicht recht ersichtlich. Wenn das Ergebnis ein umgekehrtes gewesen wäre, hätte die Botschafterkonferenz ihre Entscheidung zugunsten Polens schon längst getroffen, ohne viel selbst herumzudoktern oder durch „Rechtsgelehrte" herumdoktern zu lassen.

Die englische Besatzung in Danzig bleibt.

London, 28. Juli. (Reuter.) Im Unterhause erklärte gestern Churchill, es sei beabsichtigt gewesen, die in Danzig und Allenstein stehenden englischen Truppen nach Erledigung des Plebiszits zurückzuziehen. Augenblicklich würden indessen die Maßnahmen, die infolge der Entwicklung auf dem polnischen Kriegsschauplatz möglich werden könnten, in Erwägung gezogen. Auf eine Anfrage, ob es wahr sei, daß drei Züge mit Truppen in englischen Uniformen durch Deutschland gegangen seien, entgegnete Bonar Law, dieser Bericht sei lächerlich.

„Frei" ist der Bursch!

In der Schlußsitzung des zweiten Studententages in Göttingen wurde Professor Nicolai die Würdigkeit abgesprochen, weiterhin an deutschen Hochschulen Vorlesungen zu halten. In der Frage der Ausländer an den Universitäten wurde beschlossen, die skandinavischen Länder und die Schweiz besonders zu berücksichtigen, hingegen für die Studierenden aus dem Osten, besonders Sowjet-Rußlands, grundsätzlich die deutschen Hochschulen zu sperren.

Vor hundert Jahren waren die Studenten Vorkämpfer deutscher Freiheit. Bei den Revolutionen von 1830 und 1848 standen sie an der Seite der Arbeiter. Die heutigen Studenten haben ihre große Tradition vergessen. Sie sind Schergen der Reaktion geworden und ergehen sich in blödester reaktionärer und nationalistischer Hetze. Die Herren sollten aber bedenken, daß ihr Studium nur möglich ist auf Grund der großen Zuschüsse des Staates an die Universitäten. Der Staat aber ist heute die Verkörperung des ganzen Volkes.

Die Projekte des Antisozialisierungsministers.

Vor kurzem fand, wie der „Vorwärts" erfährt, im Reichsschatzamt eine Besprechung von Regierungsvertretern mit dem Vorstand des „Reichswirtschaftsverbandes deutscher Berufssoldaten" über die Unterbringung der 100 000 Mann statt, die nach den Beschlüssen von Spa in nächster Zeit entlassen werden müssen. Der Reichswirtschaftsverband legte ein Projekt vor, wonach jetzt stilliegende Staatswerkstätten den Entlassenen zum genossenschaftlichen Betrieb übergeben werden sollen. Dieses Projekt erfuhr bei den Regierungsvertretern glatte Ablehnung, u. a. auch, weil man der Privatindustrie keine Konkurrenz in den Nacken setzen wollte!

Dagegen hat der Reichsschatzminister, der deutsche Volksparteiler Herr von Raumer, seinerseits einen Plan in dieser Angelegenheit dem Ministerium unterbreitet, nach dem die Reichswehrsoldaten in Gruppen von je sechs Mann in die Landwirtschaft übergeführt werden.

Danzigs Kampf um den Senat.

13. Plenarsitzung des Danziger Volkstages am 28. Juli 1920.

Zur Debatte steht die Frage der Wahldauer des Volkstages.

Ein sozialdemokratisch-unabhängiger Antrag, der die zweijährige Wahlperiode fordert, wird gegen den Block abgelehnt und durch diesen die vierjährige Wahlzeit beschlossen. Dann folgt die Erörterung des Artikels 8, der die Wahlprüfung regelt.

Die Sozialdemokratie fordert die Wahlprüfung durch den Volkstag. Der Entwurf will die Nachprüfung angefochtener Wahlen durch das Obergericht.

Sozialdemokratie und demokratische Wahlprüfung.

Abg. **Gehl** (Soz.): Die Forderung meiner Fraktion deckt sich mit der ursprünglichen Fassung des Artikels 9 der Vorlage, wie sie dem Hause unterbreitet worden ist. Der Verfassungsausschuß hat leider die Wahlprüfung durch das Haus abgelehnt und sie einem oberen Gericht übertragen. Meine Partei lehnt diese gerichtliche Prüfung ab, weil sie zu sich und der Volksvertretung mehr Vertrauen als zu dem oberen Gericht hat. Es gibt leider auch noch Richter, die sogar einen Verfassungsbruch nicht scheuen. Solchen Richtern die Wahlprüfung zu überweisen, ist unmöglich. Wenn einige Abgeordnete meine Behauptung über solche Richter bezweifeln, so verweise ich Sie auf einen im „Vorwärts“ vom 12. Juli abgedruckten Gerichtsbeschluß. Darin wird das Koalitionsrecht streikender Angestellter der Rechtsanwälte durch die Zivilkammer 15 des Berliner Landgerichts 2 unter Androhung einer Geldstrafe von 1600 Mark aufgehoben. Richter die in so krasser Weise bewußt oder unbewußt gegen Arbeiter und Angestellte Stellung nehmen, eignen sich in keiner Weise zur Wahlprüfung. Die hier aufgestellte Behauptung, daß auch die deutsche Reichsverfassung ein Gericht mit der Wahlprüfung betraut, ist unrichtig. Das Wahlprüfungsgericht des Deutschen Reichstages besteht aus Mitgliedern des Reichstages und Angehörigen des Reichsverwaltungsgerichtes. Es entscheidet durch drei Angehörige des Reichstages und zwei richterliche Mitgliedern. Hier ist also ein gemischtes parlamentarisches Gericht geschaffen. Das ist etwas ganz anderes als uns hier zugemutet wird. Bisher war es übrigens in allen Parlamenten üblich, daß sie selbst und direkt über streitige Wahlen entschieden. Darum ersuchen wir um Annahme unseres in gleicher Richtung gehenden Antrages.

Abg. **Bumke** (Dnatl.): Es handelt sich bei Wahlprüfungen um rechtliche und nicht um politische Gesichtspunkte. Die englische Verfassung enthält ähnliche Bestimmungen.

Abg. **Langowski** (Pole) empfiehlt den polnischen Antrag, daß Wahlproteste auch in polnischer Sprache zulässig sein sollen.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt und die Blockvorschrift angenommen.

Die Bestimmungen über den Volkstag

der Artikel 9 bis 12 werden debattelos in der Blockform angenommen. Bei Artikel 13 wollten die Unabhängigen, daß Berichte über die Verhandlungen auch dann straflos bleiben sollten, wenn sie der Bedingung „wahrheitsgetreu“ nicht entsprechen. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Die Artikel 14 bis 16 wurden ebenfalls ohne wesentliche Debatte und Ablehnung von Abänderungsanträgen angenommen.

Die Frage der Untersuchungsausschüsse

führte zu einer längeren Debatte. Der Blockentwurf hatte die früher in Aussicht genommenen parlamentarischen Untersuchungsausschüsse gestrichen.

Die sozialdemokratische Fraktion, die Demokraten und die Polen beantragten — die Demokraten in abgeschwächter Form — die Wiederherstellung der ursprünglichen Fassung und damit Einführung der Untersuchungsausschüsse.

Abg. **Gehl** (Soz.) tritt für den sozialdemokratischen Antrag und allgemein für die Untersuchungsausschüsse ein.

Abg. **Löning** (Dem.) empfiehlt den demokratischen Antrag.

Unter Ablehnung des sozialdemokratischen und polnischen Antrages wird der demokratische angenommen.

Der Artikel 18 wurde debattelos angenommen. Zu Artikel 19 beantragten die Unabhängigen, daß ein Abgeordneter nur dann verhaftet werden dürfe, wenn er bei Begehung einer Straftat betroffen werde. Nach ganz kläglicher Begründung durch Herrn Rahn wurde der Antrag abgelehnt.

Den Artikel 20 wollten die Unabhängigen dadurch ergänzen, daß der Volkstag das Begnadigungsrecht haben sollte. Der Antrag verfiel der Ablehnung.

Artikel 22 bestimmt die Pflicht der Arbeitgeber, den Abgeordneten des Volkstages den notwendigen Urlaub zur Betätigung ihrer parlamentarischen Pflicht zu gewähren. Der Entwurf verpflichtet zu dem Urlaub nur „öffentliche Körperschaften“.

Die Sozialdemokratie beantragte Streichung dieser Einschränkung. Aehnlich beantragten die Unabhängigen.

Abg. **Gehl** (Soz.) vertrat den sozialdemokratischen Antrag, weil der Urlaub gerade als Pflicht privater Arbeitgeber vorgeschrieben werden müsse.

Abg. **Wieler** (F. W. B.) widersprach dieser Forderung, weil tüchtige Arbeiter und Angestellte nicht beliebig ersetzt werden könnten!

Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt; ebenso der unabhängige.

Die Gestaltung der obersten Regierung.

Abg. Löning (Dem.) gibt als Berichterstatter des Verfassungsausschusses einen Ueberblick der Vorberatungen.

Sozialdemokratie und parlamentarischer Senat.

Abg. Dr. Zint (Soz.): Wir stehen bei der Frage der Regierungsform an der schwierigsten und wichtigsten Stelle des Verfassungswerkes. Darum müssen wir, so sehr wir auch die Arbeit dieses hohen Hauses fördern wollen, ihre Aufmerksamkeit etwas länger in Anspruch nehmen. Zwei Möglichkeiten der neuen Regierungsform, der parlamentarische oder der bureaukratische Senat, sind gegeben. Der parlamentarische Senat würde in seinen sämtlichen Mitgliedern vom Volkstage erwählt und von seinem Vertrauen abhängig. Der bureaukratische Senat besteht aus Beamten, die während ihrer Wahlzeit, ohne Rücksicht darauf, wie sie sich bewähren, im Amte bleiben. Der Entwurf schlägt den bureaukratischen Senat sogar noch in einer Verschlechterung des Vorentwurfes vor. Er hat die Amtsdauer der hauptamtlichen Senatoren von 6 auf 12 Jahre verlängert. Dieser bureaukratische Senat ist für unannehmbar! Es wird zwar behauptet, es sei an das von uns vertretene parlamentarische Prinzip die Konzession gemacht worden, daß nebenamtliche Senatoren vom Vertrauen des Volkstages abhängig sein sollen. Dadurch würde nur die Schaffung eines Wasserkopfes, nämlich ein unförmlicher Senat von 22 Mitgliedern erreicht werden. Die dreimal so große Freie und Hansestadt Hamburg kommt mit 14 Senatoren aus, hier sollen es 22 sein. Ein solcher Senat arbeitet zu schwerfällig und zu kostspielig. Auch die nebenamtlichen Senatoren würden eine nicht zu niedrige Aufwandsentschädigung erhalten müssen. Das Schwergewicht des Senats würde auch nicht bei den nebenamtlichen Senatoren liegen. Auch in den Magistraten haben die weniger zahlreichen besoldeten Mitglieder doch den stärksten Einfluß. Die nebenamtlichen Senatoren bleiben also nur eine schöne Dekoration und werden die parlamentarischen Prügelknaben für die Fehler ihrer hauptamtlichen Kollegen abgeben müssen. Es gibt auch in der Regierung keines europäischen Staates irgend ein ähnliches Vorbild. Man hat hier eben den unglücklichen Gedanken gehabt, die Verhältnisse einer bisherigen preußischen Stadtverfassung auf die Bedürfnisse einer freien Stadt zu übertragen, was eben undurchführbar ist. **Wir verlangen einen rein parlamentarischen Senat, wie ihn das Deutsche Reich und seine Einzelstaaten und besonders die drei Freien Städte Hamburg, Lübeck und Bremen haben!** Die Zahl der Senatoren ist nicht von so entscheidender Bedeutung. Bremen hat wie Hamburg 14 und Lübeck 12 Senatoren. Wir empfehlen für Danzig ebenfalls 12. Wir beantragen, daß alle Mitglieder des Senats vom Volkstag aus der Gesamtheit der Staatsangehörigen gewählt werden. Es erscheint uns undenkbar, daß Ausländer, wie man jetzt leider sagen muß, mit dem höchsten Vertrauensposten der Freistadt bekleidet werden sollen. Es ist unbegründet, wenn befürchtet wird, daß die parlamentarischen Senatoren bloße Redeminister sein würden. Auch ein zu häufiger Wechsel ist bei der vierjährigen Dauer eines Volkstages nicht zu befürchten. Grade tüchtige Männer werden so viel Selbstvertrauen haben, sich das Vertrauen der Volkstagsmehrheit zu erhalten. Männer, die auf 12 Jahre fest angestellt sind haben dazu gar keine Veranlassung. Es läßt sich auch leicht bestimmen, daß Beamte ihre vor der Wahl erworbenen Rechte nicht verlieren dürfen. Wir müssen leider nach den Erklärungen des Abg. Dr. Ziehm annehmen, daß Sie entschlossen sind, unsere Anträge abzulehnen. Dann seien Sie sich aber auch der ganzen Schwere Ihrer Verantwortung bewußt. **Sollten Sie wirklich ablehnen, so bedeutet das, daß Sie uns die Rechte und Freiheiten nehmen, die man seit der Revolution in Deutschland besitzt und daß Sie also einen Schritt rückwärts tun.** Wenn unser künftiger Freistaat vor erbitterten politischen inneren Kämpfen nicht zur Ruhe kommt, dann werden Sie durch Ihre Ablehnung die Verantwortung dafür tragen. Sie werden es auch zu verantworten haben, wenn es uns wegen Ihrer Unnachgiebigkeit nicht möglich ist, der Verfassung zuzustimmen. Und wenn Sie deshalb dem Völkerbunde nur mit einer knappen dreifünftel Mehrheit dieses Hauses vorgelegt werden kann. Wir Sozialdemokraten sind zu fördernder Mitarbeit bereit gewesen! Wir waren nicht unnachgiebig und konnten es nicht sein, weil wir auf dem Boden der Demokratie stehen. Hier handelt es sich auch lediglich um die Durchführung der Demokratie. Es besteht also kein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen unserer und Ihrer Anschauung. Daß kein solch schroffer Gegensatz besteht, hat sich im Verfassungsausschuß gezeigt. Es war in der ersten Lesung der Moment eingetreten, wo nach äußerster Zuspitzung der Gegensätze auf einmal das erlösende Wort gefunden zu sein schien. Es zeigte sich der Weg der Verständigung. Und mit überwältigender Mehrheit wurde eine Kompromißmöglichkeit angenommen. Es ging damals geradezu ein Aufatmen durch alle, die den Wunsch des weiteren Zusammenarbeitens hatten. Dieser **Boden einer möglichen Verständigung ist verlassen worden, ohne** suchen, welche Einflüsse dabei entscheidend waren. Ob es nicht untersuchen, welche Einflüsse dabei entscheidend waren, Ob es nicht parteipolitische oder kirchliche Interessen gewesen sind, denen die freiheitliche Regierungsform geopfert wurde, mag dahin gestellt bleiben. (Zurufe.) **Noch ist es jedoch Zeit und noch in letzter Stunde rufe ich alle die auf, denen das Wohl des Volkes höher als das Interesse einer kirchlichen Gemeinschaft steht: Nehmen Sie unsere Anträge an und sichern Sie damit dem künftigen Freistaat seinen inneren und vielleicht auch äußeren Bestand.** (Lebh. Beifall.)

Abg. **Grobelski** (Pole) behauptet unter allgemeiner Heiterkeit, daß Danzig eine slavische Bevölkerung habe und fordert mindestens einen polnischen Senator.

Abg. **Kurrund** (F. W. B.) will, daß der Präsident des Senats und technische Beiräte zweckmäßig auch dem jetzigen Auslande entnommen werden dürften. Die Sozialdemokratie sollte nicht dagegen sein. Sie habe hier den Boden der Verständigung verlassen.

Abg. **Rahn** (Unabh.) wirft dem polnischen Redner heftig grundlose Aufputschung nationaler Leidenschaften vor. Er, Rahn, habe gestern mit dem Berliner polnischen Generalkonsul Rose über das unverständige Verhalten der polnischen Vertreter im Volkstage gesprochen. Rose habe ihm zugegeben, daß die Polen hier höchst unglücklich aufträten und das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen aufs Ungünstigste beeinflußten. (Lebhafte Zwischenrufe der Polen!) Dann kritisierte Redner den Blocksenat.

Abg. **Schümmer** (Ztr., Blockfeldwebel.) Die parlamentarische Regierung sei auch für seine Partei das Wünschenswerte. Ohne Kompromisse gehe es aber in Parlamenten nicht. Es sei übrigens noch genug an Demokratie in dem Senatsvorschlage des Entwurfes erhalten. Der Block solle nur das Gelingen der Verfassung sichern, nachdem wiederholt von links gesagt war, das Werk werde nicht fertig gestellt werden. Der Block möge ihnen (nach links) sehr unbequem sein, **er wird ihnen aber noch weiter sehr unangenehm werden!** Wenn die Kirche sich entwickelt, dann hören ihre Illusionen auf. (Zuruf: Warum humpeln sie denn ständig auf Krücken des Staates?) Wir wollen nur Freiheit auch für die Schule **und lehnen die Staatsschule ab! Meine Herren Sozialdemokraten, mit ihnen kann man ebensowenig über die Schule, wie über Vaterlandsliebe und nationale Würde sprechen!** (Lebhafte Zurufe!)

Abg. **Langowski** (Pole) protestiert gegen die nationalistischen und intoleranten Aeußerungen Rahns.

Abg. **Ziehm** (Dnatl.) verteidigt den Blocksenat.

Sozialdemokratie gegen Blockterror.

Abg. **Dr. Zint** (Soz.): Ich beabsichtige nicht auf alle in der Debatte gemachten Einwendungen zu antworten. Auf einige Bemerkungen des Abg. Schümmer muß ich jedoch eingehen. Sch. hat den Vorwurf erhoben, daß die Hineinziehung der besonderen Tendenzen seiner Partei — es sind doch kirchliche Tendenzen, die die Zentrumspartei leiten — sei unglücklich und ein Agitationsmanöver gewesen. Sehr viel mehr trug aber den Charakter einer Agitationsrede, was Schümmer hier eben gesagt hat. (Sehr richtig!) Wie konnte er nur so alte Kamellen wieder aufwärmen, wie die Behauptungen von dem Mangel nationaler Gesinnung bei der Sozialdemokratie usw. Das sind Agitationsbehauptungen, die mir aus Wählerversammlungen bekannt sind. Ich habe solche Vorwürfe nicht erhoben und werde es auch an dieser Stelle nicht tun. Wesentlich ist für mich die Erklärung Schümmers, daß der Verfassungsentwurf nicht parlamentarisch sondern bureaukratisch sei und daß er hinzufügte: **Dies bureaukratische System sei volksfremd!** Wie Sch. unter diesen Umständen für den Entwurf eintreten kann, verstehe ich nicht. Zu dem hier geschaffenen Block der bürgerlichen Parteien stelle ich zweierlei fest: **Die sozialdemokratische Partei hat niemals mit Obstruktion gedroht!** Sie hat nur, wie auch heute wieder erklärt, daß eine Verfassung, die nicht gewisse Mindesterrungenschaften der Revolution auch für Danzig beibehält, ihre sachliche

Renate.

Novelle von Theodor Storm.

6) (Fortsetzung.)

Und da sie nickte, gingen wir hin; und ich nahm einer frischen Dirne, so eben dort getrunken hatte, das Glas aus der Hand, um es aus einem Bierkrug wiederum zu füllen. Aber Renate ergriff ein anderes, das auf dem Tische stund, und bückte sich damit zu einem Eimer Wasser.

„Ei,“ rief ich lachend, „trinkst du mit den Vöglein, was unser Herrgott selbst gebrauet!“ Doch sie hatte das Glas nur ausgeschwenkt.

„O nein, Herr Studiosi“, entgegnete sie fast verschämet; „schenket nur ein; ich trink schon, was die Männer trinken!“

Da sie dann aber ihr Hälslein aufreckte und gar durstig trank, kam eine sehr alte Frau mit einer schwarzen Kappen auf dem greisen Haar gelaufen, zupfte sie an ihrem Taffetröcklein und raunete: „Der Bauer ist schon heim; der Bauer ist schon heim!“

Und als Renate ihr Glas hinsetzte, rufend: „Marik, ich komme schon, Marik!“, da war die Alte nimmermehr zu schauen.

Ich aber haschte des Mädchens Hand und sagte: „Du wollest mir doch also nicht entlaufen? Ich gehe schon mit dir, Renate, so du gehst!“

Und so gingen wir schweigend mitsammen aus dem Hochzeitshause. Und da wir auf die Höhe vor dem Bischofshause kamen, wo der Steig hinüberführt, blieben wir unter dem Turme stehen und schauten in die Tiefe unter uns; denn vor dem aufsteigenden Morgen floß dorten der Strom mit dunkelrotem Glanze in das noch dämmerige Land hinaus. Zugleich aber wehete eine scharfe Luft von Osten her, und da Renaten schauderte, legte ich meinen Arm ihr um das nackte Hälslein und zog ihre Wange dicht an mir heran. Da wehrte sie mir sanft. „Lasset, Herr Studiosi,“ sprach sie, „ich muß nun heim!“ und wies hinab nach ihres Vaters Hause, so seitwärts unter den düstern Bäumen lag. Und als nun gar ein heller Hahnenschrei heraus emporstieg, da sahe ich sie schon den Berg hinunterlaufen; dann aber wandte sie sich und schaute unverhohlen mit ihren dunklen Augen zu mir auf.

„Renate!“ rief ich.

Da nickte sie noch einmal und schritt dann eilig über die bebauten Wiesen nach dem Hofe zu. Ich aber stund noch lange oben in der scharfen Morgenluft und starrete hinunter auf die düsteren Eichen, aus deren dürrer Krone itzt ein paar Elstern aufflogen und krächzend den Nachtschlaf von den schweren Flügeln schüttelten.

Andern Tages fiel die Sonne schon hoch in meine Kammer, da mein Mütterlein mir die Morgensuppe an meine Bettstatt brachte; und da sie in ihrer liebreichen Weise mich über die Lustbarkeit befragte, hörete sie nicht ungern von der Bekanntschaft mit des reichen Hofbauern Tochter und spann, wie die Mütter pflegen, schon ihre seiden Fäden für die Zukunft. Als sie dann aber nachmittags, da ihr Gespinste nahezu fertig war, solches voll Freudigkeit vor meinem lieben Vater auszubreiten begann, schien selbiger nicht völlig gleichen Sinnes, sondern rieb sich, wie er in Zweifelsfällen es gewohnt war, bedächtig mit dem Finger an der Nasen und wiegte schweigend seinen Kopf dazu.

„Wie, Vater,“ brauste die Mutter auf, „ist dir die liebe Gottesgabe, das Geld und Gut, etwa im Wege? Und meinest du, daß ein künftiger Diener Gottes müsse allemal in Armut leben, weil solches, leider Gottes, unser Teil gewesen ist?“

„Nein, o nein, Mutter!“ entgegnete er, „Nein, das gewißlich nicht!“

„Nun, Gott sei gedankt!“ rief die Mutter. „Was ist denn nun noch für ein Aber?“

„Ja, Mutter, ihr Weiber meinet euch gar am eignen Sohn den Kuppelpelz verdienen; aber — ich denke, der Josias geht wohl andere Wege.“

Damit ging er in seine Kammer und schrieb sich zu seiner morgenden Sonntagspredigt; und hatte ich, der fast beschämt dabeigestanden, nun wohl vermerket, daß mein lieber Vater von diesen Dingen nicht mehr wolle geredet haben; — nicht minder, daß wegen der Hofleute was immer für eine Bedenklichkeit in ihm verstecke.

Ich war aber hierdurch in eine gar üble Unruhe versetzet worden. Ich lief aus dem Hause und über den Weg auf den Glockenberg und sahe hinüber nach dem Schloßturm, von wo ich in der Frühe mit Renaten in das stille Land hinausgeblicket; lief wiederum zurück, warf mich an meine Arbeit und brachte aber nichts zustande, als daß ich den Buchstaben R wohl hundertmal in meine Hefte malte, gleichsam als hätt ich es wegen dieses einen noch von der Schreibstub nachzuholen.

Drum, als es Abend wurde, trieb mich es nach dem Kruge, der oberhalb der Treene liegt, ob ich dorten was erfahren möchte; redete auch mit dem und jenem und kehrete dann gelegentlich das Wort auch auf den Hofbauern. Da sahe ich wohl, daß er geringen Anhang hatte; redeten ihm nach, obschon er weitaus noch kein Bauer aus dem Fundamente sei, so schlage alles ihm doch zu: denn da vor Jahren hier die Seuche in das Vieh gekommen, so sei in seinem Stalle ihm kein Stück gefallen, und wenn auf ihrem Boden die Mäuse und Ratzen ihnen das Korn zerschroten, so habe in einer mondhellen Herbstnacht der Feldhüter es mit leiblichen Augen angesehen, wie aus des Hofbauren Scheune, gar greulich anzuschauen, solanes Geschmeiß in hellen Haufen zur Treene hinabgerannt und sich mit Quieksen und Gepfeife in den Fluß gestürzet habe. Zog mich sogar der blasse Dorfschneider bei einem Rockknopf in die Ecken und sprach gar heimlich: „Jungherr, Jungherr! Wißt Ihr, was die schwarze Kunst bedeutet?“ Schlug sich dann aufs Maul und zeigte mit der Hand dahin, als wo der Hof belegen.

War mir nun zwar bewußt, daß wohl gar geistliche Herren sich mit solcher Kunst befasset, wie denn der vorige Pastor in Medelbye darin gar sonderlich geschickt sollte gewesen sein; auch daß solches, wenn gleich kein endgültig pactum mit dem Seelenfeinde, so doch ein frevelig Spiel um Seel und Seligkeit sei, so bei der menschlichen Schwachheit gar leicht in das ewige Verderben führen könnt; sahe aber gleicherweise, daß diese Leute dem Hofbauren seinen Reichtum neideten, ihm auch aufsätzig waren wegen seiner Hoffart und schon von seines Vaters wegen nicht vergessen konnten, daß selbiger gegen der Gemeinde Willen sich einen Emporstuhl in der Kirchen durchgesetzet.

(Fortsetzung folgt.)

Zustimmung nicht finden könnte. **Zweitens stelle ich fest, daß der bürgerliche Block sich nicht gebildet hat, nachdem wir auf dem Gipfel der Gegensätze angelangt waren. Der Block hat sich vielmehr erst dann gebildet, als der Weg des Ausgleichs gefunden schien und alle aufatmeten, die ernstlich die Einigkeit wollten.** Wenn dieser Block auf einer Mehrheitsbildung beruht, so hat sie nichts mit dem demokratischen Prinzip zu tun. **Das demokratische Prinzip fordert die freie Bildung einer Mehrheit und nicht Zusammenschluß zum Zweck der Ueberstimmung anderer!** (Sehr richtig.) Wenn gesagt wurde, daß es sich hier nur um die Form der Demokratie handele, daß aber mehr darauf ankomme, ihren Geist heranzuzüchten, so sage ich: **Um den Geist der Demokratie heranbilden zu können, muß man die dafür geeignete Form schaffen.** Ich bin auch einverstanden, wenn gesagt wurde, daß es mehr auf den Mann und nicht so sehr auf das System ankomme. Die Erfahrung hat jedoch bewiesen, daß das bureaukratische System nicht Männer und Persönlichkeiten bilden kann. Sonst hätten wir es in Deutschland in früheren Jahrzehnten weit besser gehabt. Wollen wir also tüchtige Persönlichkeiten, dann gebrauchen wir ein System, das ihnen die freie Entwickelung läßt und die ist nur im freien parlamentarischen System gegeben. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. **Schümmer** (Ztr.) wendet sich gegen Dr. Zint. Er wird so maßlos, daß er der Sozialdemokratie Vetternwirtschaft in Regierungsposten vorwirft. Nur die Sozialdemokratie habe sich selber von der Gemeinschaftsarbeit ausgeschlossen, sonst wäre der Senat anders ausgefallen.

Abg. **Gehl** (Soz.) beantragt über den sozialdemokratischen Antrag, der nicht 22 sondern nur 14 Senatoren will, namentliche Abstimmung.

Präsident Rahn verweigert einem polnischen Abgeordneten brüsk eine persönliche Bemerkung zu seinen Ausführungen als Debatteredner. Die Polen protestieren durch heftige Zurufe.

Der sozialdemokratische Antrag wird mit 64 gegen 39 Stimmen abgelehnt!

Nach einem Antrage der F. W. V. wurde die Bestimmung gestrichen, daß die Senatoren aus der Gesamtheit der Staatsbürger zu wählen sind.

Es folgt wieder eine heftige Auseinandersetzung zwischen Präsident Rahn und polnischen Abgeordneten über eine gegen ihn zu richtende persönliche Bemerkung. Rahn verweigerte sie vor der Abstimmung. Den Vorschlags Lönings, die Frage an die Geschäftsordnungskommission gehen zu lassen, lehnte er diktatorisch ab. Schließlich erklärte

Abg. Dr. **Kubacz**, daß persönliche Bemerkungen, wie es auch Präsident Reinhardt tue, vor der Abstimmung gestattet werden müßten.

Artikel 24 wurde debattelos angenommen.

Abg. **Kubacz** (Pole) erklärte dann persönlich gegen Rahn: Unsere Pflichterfüllung hier hat Rahn als Hetzreden bezeichnet. Ich überlasse es dem Hause, wer hier wirklich Hetzreden hält.

Darauf folgt Vertagung zu heute.

Danziger Nachrichten.

Danzigs Lehrerschaft für die Simultanschule.

In diesen Tagen fällt die Entscheidung über die Verfassung der künftigen Freien Stadt Danzig. Das Schicksal der Verfassung ist im großen und ganzen schon besiegelt. Die bürgerlichen Parteien haben sich zu einem Block zusammengetan, ein Kompromiß geschlossen. Ein Kind dieses Kompromisses sind die Verfassungsartikel von der Schulgesetzgebung im Freistaat. Die Demokraten und die Freie Wirtschaftliche Vereinigung sind hier die Nachgebenden gewesen, die ihr freiheitliches Schulprogramm an die kulturell rückständigen Parteien, insbesondere das Zentrum, verraten haben.

Die Beseitigung der Simultanschule, wie sie in dem Verfassungsentwurf festgelegt ist, hat in den Lehrerkreisen große Erregung hervorgerufen. Das kam besonders scharf zum Ausdruck in einer Versammlung, die gestern abend in der Aula der Petrischule von Danziger Lehrern und Lehrerinnen veranstaltet war. Mittelschullehrer Gallen hielt einen einleitenden Vortrag und begründete, weshalb sich die Lehrerschaft für die Simultanschule erklärt. Er stellte zunächst fest, daß die Simultanschule nicht mit der weltlichen Schule verwechselt werden darf. Die Einführung der Bekenntnisschule, die nach dem Verfassungsentwurf bevorsteht, würde das Schulwesen bedeutend verteuern. Die Simultanschule ist auch leistungsfähiger gegenüber der Bekenntnisschule. Auch aus Gründen der Erziehung zur Duldsamkeit und Gemeinschaft treten die Lehrer für die Simultanschule ein. Die Demokraten sind in der Schulfrage zu schnell auf die Forderung des Zentrums eingegangen. Soweit der Lehrerschaft bekannt sei, hätten die Mehrheitssozialisten für ihre Mitarbeit an der Verfassung nicht unerfüllbare Forderungen gestellt. Deshalb müsse bei der Herstellung der Verfassung die Front nach links erweitert werden.

In der Aussprache traten sämtliche Lehrer für die Simultanschule ein. Man wies darauf hin, daß es früher beim Heer, dem von gewisser Seite auch große Erziehungsaufgaben zugeschrieben wurden, keine evangelischen und katholischen Regimenter gegeben habe. Auch seien die höheren Schulen nicht nach Konfessionen getrennt. Genosse Lehrer **Gartmann** wies besonders auf die Gefahr hin, die die Einführung der Bekenntnisschulen für das Land hat. Bemerkenswert war, daß sich auch der deutschnationale Abg. Rektor **Matschkewitz** mit großem Pathos für die Simultanschule erklärte. Nur durch dieselbe könne auch den Polonisierungsbestrebungen in der Schule entgegengetreten werden. Auch viele hochstehende Katholiken hätten sich mit der Simultanschule abgefunden. Er erklärte schließlich, daß er im Volkstag **nicht** für die Bekenntnisschule stimmen werde.

Als Vertreter der politischen Parteien versuchte zuerst die Abg. v. **Morstein** (Dem.) die Haltung ihrer Partei zu verteidigen. Die Demokraten hätten das Kompromiß mit den Rechtsparteien schließen müssen, weil eine andere arbeitsfähige Mehrheit nicht zustande gekommen sei. Ihr Parteifreund **Jewelowski** ließ sich näher über die Gründe aus, die zum Schulverrat der Demokraten führten. Jewelowski erklärte unumwunden, daß seine Partei sich [illegible] mit dem Zentrum und den Deutschnationalen verbunden hätte, weil sonst eine Verfassung zustande gekommen wäre, die nicht nach dem Herzen der Kapitalisten gewesen wäre. Insbesondere wären die Demokraten gegen die Uebernahme des deutschen Betriebsrätegesetzes gewesen, weil dieses das Danziger Wirtschaftsleben ruiniert hätte.

Genosse Dr. Zint konnte unter dem stürmischen Beifall der Versammlung feststellen, daß die Schule für die Demokraten ein Handelsobjekt gewesen sei. **Auch an die Sozialdemokratische Partei sei das Zentrum herangetreten und hätte erklärt, daß es für die sozialdemokratischen Anträge auf Einführung eines demokratischen Senats stimmen würde, wenn die Sozialdemokratie für die Bekenntnisschule eintrete.** Von unserer Seite wurde jedoch erklärt, daß uns die Simultanschule nicht verkäuflich sei. Genosse Zint nagelte dann noch einige unwahren Gerüchte fest, die von bürgerlicher Seite gegen die Sozialdemokratie verbreitet werden. Er fand mit seinen Ausführungen stürmischen Beifall.

Schließlich wurde nachstehende Resolution angenommen:

„Die Lehrer und Lehrerinnen im Freistaat, soweit sie nicht in konf. kath. Vereinen zusammengeschlossen sind, erheben bestimmten Einspruch dagegen, daß in der Verfassung nicht die unbedingte Simultanschule festgelegt, sondern sogar die Neueinrichtung von Bekenntnisschulen zugelassen werden soll. Diese beabsichtigte Regelung verhindert den großzügigen Aufbau eines Schulwesens, das die Möglichkeit höchster Leistungen gibt und das den Geist der Duldsamkeit und Eintracht zwischen den Konfessionen pflegt. Die Bestimmungen über den Charakter der Schulen sind auch nicht so zustandegekommen, daß die Sache in ihrer eigenen Bedeutung gewertet worden ist, sondern die Zulassung von Bekenntnisschulen wurde der Preis, um den vermeintlich höhere Werte für den Freistaat gesichert werden sollten. Die Lehrer und Lehrerinnen protestieren gegen diese Mißachtung der Schule und erwarten, daß eine Mehrheitsbildung in die Wege geleitet werde, welche die Simultanschule mit zu den ersten Voraussetzungen hat. Folgende Fassung ist das Mindeste, was die Lehrer und Lehrerinnen erwarten: Das öffentliche Schulwesen ist auf simultaner Grundlage einheitlich auszugestalten. Vorhandene konfessionelle Scheidung darf bestehen bleiben, wenn durch sie nicht der vollkommenste Ausbau der Schule verhindert wird."

Die Protestversammlung der Lehrer war eine letzte Mahnung an die bürgerlichen Parteien, für die Freiheit der Schule einzutreten. Die einmütige Kundgebung hat den Demokraten gezeigt, wie schmählich sie gehandelt haben, als sie wegen kapitalistischer Interessen ihr liberales Schulprogramm verrieten. Sicherlich haben die Demokraten durch diesen Kuhhandel den Rest von Ansehen verloren, den sie noch in den Kreisen der Intellektuellen gehabt haben. Die Arbeiter und Angestellten andererseits haben aus der gestrigen Versammlung erfahren, daß die bürgerlichen Parteien auch mit ihren Interessen, insbesondere in der Frage der Betriebsräte, Schindluder getrieben haben. Für die Sozialdemokratie aber war diese Versammlung ein Triumph. Sie konnte mit Recht stolz darauf hinweisen, daß sie sowohl für die Rechte der Arbeitnehmer eingetreten ist und andererseits für die Freiheit und den einheitlichen Ausbau der Schule. Sie hat wieder einmal wahr gemacht, was vor zwanzig Jahren Professor Delbrück gesagt hatte: Es gibt nur eine einzige Partei, auf die wir uns in dieser Hinsicht verlassen können. Kunst und Wissenschaft mußten sich unter die Fittiche der Sozialdemokratie flüchten.

Ueberstunden auf der Danziger Werft.

Am Sonnabend teilten wir mit, daß auf der Danziger Werft beim Umbau einiger Schiffe unserer Ansicht nach, da gleichzeitig Entlassungen erfolgten, nicht notwendige Ueberstunden geleistet werden müßten. Dazu teilt uns nun die Werftleitung mit:

Es entspricht der Tatsache, daß auf einigen Bauten zurzeit Ueberstunden gemacht werden müssen. Es entspricht aber auch ebenso den Tatsachen, daß die Arbeiten, welche in Ueberstunden gemacht werden, auf jeden Fall im Interesse der Werft, also auch der Arbeiter, beschleunigt werden müssen und **daß diese Beschleunigung auf keine andere Weise als durch Ueberstunden erreicht werden kann.** Vor allem würden diese Arbeiten nicht durch Einstellung arbeitsloser Arbeiter beschleunigt werden können, wie Ihr Gewährsmann anzunehmen scheint. An allen den Stellen, an denen wir durch Einstellung von mehr Personal und durch Einführung zweier Schichten eine Beschleunigung erreichen können, haben wir es bereits getan, wie Ihnen Ihr Gewährsmann zweifellos bestätigen wird. Sollte indessen Ihr Gewährsmann nach wie vor der Ansicht sein, daß die Ueberstunden durch Mehreinstellung von Arbeitern, abgesehen von vielleicht ganz vereinzelten Fällen, vermieden werden könnten, so wären wir Ihnen sehr verbunden, wenn Sie uns die Vorschläge Ihres Gewährsmannes unterbreiteten.

*

Wie wir aus eigener Erfahrung wissen, gibt es tatsächlich technische Situationen, in denen eine andere Art der Ausführung nicht in Frage kommt. Im übrigen fehlt uns die erforderliche genaue Einsicht, um den Wunsch der Direktion, ihr eventuell eine zweckmäßigere Arbeitsweise vorzuschlagen, erfüllen zu können. Jedenfalls beweist aber dieses Ersuchen, daß die Werftleitung durchaus bereit ist, jede den Arbeitern nützliche Maßnahme zu treffen. Insofern hat unsere Notiz also dankenswert aufklärend gewirkt.

Fahrpreistarif der Droschkenkutscher.

Wie wir vom Deutschen Transportarbeiterverband erfahren, haben die Danziger Droschkenkutscher beschlossen, in Zukunft nach einheitlichen Fahrpreissätzen zu fahren. Die Droschkenkutscher haben an die Danziger Polizeibehörde wiederholt das Ersuchen gerichtet, sowohl in ihrem eigenen, wie im Interesse des Publikums, einen den heutigen Zeitverhältnissen entsprechenden Fahrpreistarif herauszugeben. Es haben auch diesbezügliche Verhandlungen zwischen der Behörde und den Droschkenkutschern beziehungsweise ihrer zuständigen Berufsorganisation — dem Deutschen Transportarbeiterverband — stattgefunden, jedoch ist bis jetzt seitens der Behörde noch nichts geschehen, um das [illegible] Verhältnis bezüglich der Preise zwischen den Droschkenkutschern und dem Publikum zu regeln. Da die seit Mai d. Js. schwebenden Verhandlungen durch den Verschleppungsgang bei der Polizei und beim Magistrat noch kein befriedigendes Ergebnis gezeitigt haben, sehen sich die Droschkenkutscher gezwungen, zur Selbsthilfe zu greifen und vorläufig nach den Sätzen zu fahren, die im Juni d. Js. mit der Polizeibehörde grundlegend vereinbart wurden. Weiterhin sind häufig Fälle vorgekommen, in denen die Droschkenkutscher von Fahrgästen um den ganzen oder teilweisen Betrag der Fahrsumme betrogen worden sind. In letzter Zeit haben sich die Fälle gehäuft, in denen Leute, die zu den Sportveranstaltungen nach Zoppot und Bröfen fuhren, die Droschkenkutscher vor einem Lokal warten ließen und dann nicht wieder kamen. Ebenso häufig sind die Fälle, in denen Ausländer, vielfach englische Offiziere, denen der Fahrpreis zu hoch erschien, obwohl er vorher vereinbart worden war, dem Droschkenkutscher nicht die volle Summe zahlten. In zwei Fällen ist es passiert, daß der Droschkenkutscher, als er vom betreffenden englischen Offizier anging, um sein Geld zu erhalten, von einem englischen Posten mit schußbereiter Waffe zurückgetrieben wurde. Aus diesem Grunde haben sich die Droschkenkutscher entschlossen, in den Fällen, in denen ihnen der Fahrgast nicht persönlich bekannt ist, den Fahrpreistarif für die Fahrstrecke unter Vorlegung des oben angeführten Fahrpreistarifes in Empfang zu nehmen.

Es ist dringend wünschenswert, daß das Danziger Publikum sich mehr mit den Licht- und Schattenseiten beschäftigt, mit denen besonders die Droschkenkutscher, die Tag und Nacht auf der Straße stehen, und oftmals 8 und mehr Stunden stehen müssen, ehe sie einen Pfennig verdienen können, zu kämpfen haben. Wie überall, so sind auch im Fuhrgewerbe die Unkosten und Reparaturen gegen früher ganz enorm gestiegen und ist das Pferdematerial naturgemäß bei weitem nicht mehr so leistungsfähig wie früher. Alles dies muß man berücksichtigen und dann einen Vergleich ziehen zwischen den Ausgaben und den Einnahmen, die bei den Droschkenkutschern wahrlich keine großen sind.

Danzigs Absperrung und die Munition.

Die Löschung des polnischen Munitionsdampfers „Triton" erfolgt seit vorgestern durch englische Soldaten. Damit geben sich aber die beteiligten polnischen Stellen nicht zufrieden. Am Sonntag soll, wie wir schon gestern berichteten, eine in Bröfen abzuhaltende Versammlung der Hafenarbeiter über die Entlöschung durch Danziger Arbeiter beschließen.

Inzwischen haben die Dinge jedoch eine überaus ernste Wendung genommen. Aus völlig zuverlässiger Quelle erfahren wir, daß die polnischen Eisenbahnerverbände sich gestern dahin verständigt haben, **keinerlei Güter und Lebensmittel nach Danzig hineinzulassen, ehe nicht die Hafenarbeiter die polnische Munition entladen! Seit gestern ruht auch völlig der Frachtverkehr nach Danzig.** Nach Deutschland wird er unbehelligt weitergeführt. Die hiesige polnische Eisenbahndirektion hat versichert, daß sie an dieser Einstellung des Verkehrs nach Danzig ohne Schuld ist. Sie bedauert die dadurch eintretende weitere Spannung zwischen Polen und Danzig. Sie habe jedoch auf diese Beschlüsse der polnischen Eisenbahner keinen Einfluß und könne sie daher nicht zu einem anderen Verhalten veranlassen.

Damit haben sich die Dinge in einer Weise zugespitzt, die die ernstesten Gefahren für Danzig enthält. Bleibt es auch nur einige Tage bei dieser Eisenbahnsperre, so liegen die Folgen auf der Hand. Das sollten alle bei der Munitionsfrage Beteiligten mit dem Ernst und der Verantwortlichkeit beurteilen, die hierbei unbedingt geboten ist.

Zur Tätigkeit der Sicherheitspolizei wird uns von dieser geschrieben: „Zur Verhinderung des immer mehr zunehmenden Schleichhandels der Einbruchsdiebstähle, Bedrohungen usw. in Schöneberg wurde Mitte Mai ein Kommando der Sicherheitspolizei in Stärke von 6 Beamten dorthin gelegt. Die Beamten wurden von der ordnungliebenden Bevölkerung freudig begrüßt. Nach schon wenigen Tagen energischer Tätigkeit der Beamten, die in Tag- und Nachtstreifen bestand, fielen die Belästigungen und Bedrohungen der Einwohnerschaft, die sogar mit vorgehaltener Waffe durch halbwüchsige Burschen erfolgt waren, fort. Es herrschten wieder Ruhe und Ordnung. Auch der Schleichhandel ließ bedeutend nach und hörte bald gänzlich auf, da die Beamten ein scharfes Auge hatten und sich nicht überlisten ließen. Das praktische Ergebnis des Kommandos, das jetzt wieder zurückgekehrt ist, besteht in bedeutenden Lebensmittelbeschlagnahmen und mehreren Waffenbeschlagnahmen; ferner wurden einige raffiniert angelegte Einbruchsdiebstähle und Geflügeldiebstähle aufgeklärt und Versuche von Beamtenbestechung zur Anzeige gebracht. Der Wert der durch das tatkräftige Vorgehen der Sicherheitspolizeibeamten der Allgemeinheit erhaltenen Werte beläuft sich auf ungefähr 100 000 [illegible]. Ein anderes Kommando in Stärke von 7 Beamten wirkt in Eichwalde und Umgebung in der gleichen energischen und erfolgreichen Weise. Es vergeht kein Tag, an dem nicht durch die Beamten Vergehen aufgedeckt werden. Fast täglich werden Personen festgenommen wegen unbefugten Waffentragens, Bedrohung mit tätlichem Angriff, Diebstahls, Einbruchs, Körperverletzung, Felddiebstahls oder Beamtenbeleidigung. Ferner wurde das Kommando mehrfach zur Hilfe gerufen, als es galt, Arbeitswillige vor Streikenden zu schützen und so die Lebensmittelzufuhr zu gewährleisten."

Ueber die zuletzt erwähnte Mühewaltung wäre wohl eine eingehendere Darstellung zweckmäßig und nützlich gewesen. An sich ist das Streiken nämlich nicht verboten, sondern gesetzlich durchaus gestattet!

Die Gewerkschaftsbibliothek wird am 14. August wieder geöffnet. Der Umstand, daß die Bibliothek nahezu 6 Jahre ununterbrochen geöffnet war, machte eine gründliche Durchsicht der Bücher notwendig. Hinzukommt, daß die säumige Zurücklieferung der Bücher auf die Instandsetzungsarbeiten störend wirkte.

Variete Wintergarten. Der Wintergarten mit seinen anerkannt künstlerischen Darbietungen bildet allabendlich einen beliebten Sammelpunkt für alle Freunde hochwertiger internationaler Varietekunst. Nur noch bis Ende dieser Woche bleibt das Artistenprogramm in seiner jetzigen Zusammenstellung. Am Sonnabend verabschieden sich Wanda Treumann und die übrigen Künstler. Am Sonntag beginnt die Augustspielfolge, für die eine erlesene Auswahl von erstklassigen Kunstkräften verpflichtet ist.

Fluchtversuch des Mörders Pasdrowski. Vor mehreren Tagen verabredete der zum Tode verurteilte Bernhard Pasdrowski mit einem anderen Gefangenen einen Fluchtversuch aus dem Gefängnis, der durch die Wachsamkeit der Behörden vereitelt werden konnte. Die beiden Gefangenen wollten den Gefängniswärter überfallen und in einen besonderen Raum einschließen. Mit Hilfe der fortgenommenen Schlüssel sollte dann das Weite gesucht werden. Anscheinend erfuhr der Wärter etwas von dem Plan, und durch Verdoppelung der Vorsichtsmaßregeln wurde die Absicht schon vor ihrer Ausführung vereitelt. Pasdrowski ist von [illegible] der [illegible] gestellt.

Polizeibericht vom 29. Juli 1920. Verhaftet: 8 Personen, darunter 1 wegen Bettelns und 3 in Polizeihaft. — Gefunden: 1 Portemonnaie mit 1 Mark, 1 silberne Damenuhr, abzuholen aus dem Fundbureau des Polizeipräsidiums, 1 Paket mit Wäsche, abzuholen von Herrn Prov.-Sekretär Gramsk, Landeshaus, Neugarten 30/34, vormittags. — Zugelaufen: 1 [illegible], abzuholen von Frau Therese Tollke, Bischofsberg 19, 1 weißes Ziegenlamm, abzuholen von Frau Pelagia Brunke, Kastanienweg 59.

Wasserstandsnachrichten am 29. Juli 1920.

	gestern	heute		gestern	heute
Zawichost	+ 1,11	+ 1,13	Kurzebrack	+ —	+ —
Warschau	+ 1,13	+ 1,22	Montauerspitze	+ 0,25	+ 0,23
Schönau	+ —	+ —	Pieckel	+ 0,02	+ 0,01
Galgenberg	+ —	+ —	Dirschau	+ 0,10	+ 0,08
Neuhorsterbusch	+ —	+ —	Einlage	+ 2,34	+ 2,76
Thorn	+ 0,30	+ —	Schiewenhorst	+ 2,16	+ 2,60
Fordon	+ 0,19	+ —	[illegible]	— 0,12	— —
Culm	+ 0,04	+ —	Anwachs	+ —	+ —
Graudenz	+ 0,23	+ —			

Erntezeit.

Reif umwehen die gefüllten Aehren und mächtig schwillt der Chor der Aehren an, wenn der Wind darüber hinweht und die dürren Halme hin- und herbewegt. Reif — zum Sterben reif. Kurz nur war die Spanne Zeit vom Keimen, Winterschlaf, zum Wachsen, Leben und Reifen. Vorbei der schöne Traum des Feldes hier. Unter den wuchtigen Streichen der Sense sinkt lautlos das Leben dahin. Der Schnitter hält reiche Ernte.

Von dem frohen Treiben der Landleute hat sich in unseren noch ländlichen Außenbezirken nur wenig erhalten. In den frühen Morgenstunden ziehen die Landwirte hinaus aufs Feld, die Sense geschultert, an der Hand den Krug, gefüllt mit edlem Naß, um den Durst nach schwerer Arbeit zu löschen. Die blanken Sensen rauschen, die schweren Halme fallen zu Boden. Nur kurze Rast gönnt sich der Mäher. Dort wetzt einer mit dem Wetzstein seine Sense, ein anderer wischt sich den Schweiß, der in Perlen über die Stirn rollt, ab. Die goldene Pracht schrumpft immer mehr zusammen. [illegible] binden das am Boden liegende Getreide zu Garben zusammen und stellen es in Hocken zum Trocknen und Nachreifen auf. Nach wenigen Tagen sehen wir den Erntewagen hochbeladen heimwärts schwanken. Das Getreide füllt die Scheune und bringt neue Arbeit für den Winter. Auf dem Erntewagen sitzen die Bauernmädchen. Im Haar tragen sie einen Erntekranz aus Feldblumen, worin die himmelblaue Kornblume und der rote Klatschmohn nicht fehlen. Bei dieser Gelegenheit beachtet der Landwirt diese Blumen, während er sie sonst als lästiges Unkraut schilt.

Die Gerstenernte ist bereits erledigt. Nun ist der Roggen an die Reihe. Ihm folgt bald der Weizen. Der Körnerertrag ist in diesem Jahre zufriedenstellend und wäre es dringend zu wünschen, daß die Getreideernte recht bald abgeliefert würde, damit wir bald an Stelle des [illegible] Brotes ein schmackhaftes und [illegible] Brot erhalten.

Gültigkeitsdauer der Wochenkarten.

Die Eisenbahndirektion für das Gebiet der Freien Stadt Danzig gibt bekannt: Bei Einführung der Wochenkarten 4. Klasse hatten diese eine [illegible] Gültigkeit von Montag bis einschl. Sonntag. Aus [illegible]gründen wurde später die Gültigkeit geändert auf die Zeit von Sonntag bis einschl. Sonnabend. Aus früherer Zeit sind aber noch eine Anzahl von Wochenkarten vorhanden, die aus wirtschaftlichen Gründen aufgebraucht werden sollen. [illegible] angeordnet worden ist, daß die tarifmäßige Gültigkeit [illegible] im Aufdrucke der alten Karten berichtigt werden soll, [illegible] vorgekommen sein, daß die Berichtigung dieser oder jener Karte versehentlich unterblieben ist. Die Fahrkartenausgaben sind nochmals angewiesen worden, die Berichtigung lückenlos [illegible]. Demnach gelten die Wochenkarten von Sonntag bis einschl. Sonnabend.

Riesens Museum auf dem Karrenwall. Als Kinder haben wir in früheren Jahren stets mit neugierigen und verwunderten Augen Castans Panoptikum betrachtet. Manche von denen werden heute als Erwachsene über die Geheimnisse und Schätze eines solchen Unternehmens lächeln. Und dennoch haben solche Unternehmungen einen gewissen Wert. Die meisten Menschen haben leider nie Gelegenheit, wissenschaftliche Museen zu besuchen. Die Jahrmarktsbude übt aber auf große Volksteile immer noch einen starken Reiz aus. — Riesens Museum bietet eine Menge wissenswertes Anschauungsmaterial. Gegen dieses Unternehmen dürfte auch der schärfste Gegner der Rummel-Veranstaltungen nichts einwenden. Zu sehen gibt es da allerlei: Menschliche Abnormitäten, die verschiedensten Menschenrassen, Tiere und eigenartige Schlangen. Von besonderer Bedeutung ist ein anatomisches Kabinett, in welchem in eindringlicher Weise die Verheerungen der Geschlechtskrankheiten gezeigt werden. Wir möchten nicht unterlassen, auf das Unternehmen empfehlend hinzuweisen.

In den Künstler-Spielen des „Danziger Hofs" findet am Freitag, den 30. Juli 1920 für das allgemein beliebte Tänzerpaar Janos u. Olivia ein besonderer Abschieds- und Ehrenabend statt. Das Künstlerpaar wird es sich angelegen sein lassen, mit ganz besonderen Leistungen zu überraschen und als neueste Schöpfung den Tanz auf dem Flügel herausbringen. Das wesentlich erweiterte und durch Mitwirkung namhafter Gäste besonders wirkungsvoll gestaltete Programm verspricht uneingeschränkten Genuß froher Stunden. Nach der Vorstellung findet Reunion in sämtlichen oberen Räumen statt. Verstärkte Kapelle unter Leitung des Kapellmeisters Creffi.

Für die Milchverkaufsstellen. Es wird daran erinnert, daß die Abschnitte der neuen Krankenmilchkarten spätestens bis zum 31. Juli 1920 in der Molkereiabteilung, Fleischergasse, früher Wiebenkaserne Flügel C, eingereicht werden müssen.

Aus den Gerichtssälen.

Befreiung der Gefangenen aus dem Gerichtsgefängnis. Die gewaltsame Befreiung von etwa 45 Strafgefangenen aus dem hiesigen Strafgefängnis am 16. Dezember 1918 kam vor dem Schöffengericht zur Verhandlung. Die Haupttäter hat man leider nicht erfaßt, sondern nur zwei damalige Soldaten, die jetzigen Arbeiter Karl Zube in Emaus und Paul Berg in Steinken Kr. Thorn, jetzt in Westfalen. Letzterer war nicht erschienen und es wurde gegen ihn ein Haftbefehl erlassen. Am 16. Dez. 18 nachmittags 2 Uhr fand auf dem Heumarkt eine Volksversammlung statt, in der angeblich eine Entschließung angenommen worden sein soll, in der die Befreiung der Strafgefangenen verlangt wird. Eine Menge von 400 bis 500 Personen zog sofort nach Schießstange vor das Gerichtsgefängnis. Ein Vizefeldwebel mit zwei Soldaten verlangte unterwegs eine Axt und erhielt dann einen Holzhammer. Als die Menge vor dem Gefängnis erschien, wurde am Tore heftig geklingelt. Der Vizefeldwebel schlug dann mit dem Holzhammer das Gefängnistor ein. Der Gefangenenaufseher Behrendt, der herbeigekommen war, und nun das nach innen liegende eiserne Gitter verschließen wollte, wurde von einem Unteroffizier mit dem Revolver bedroht und mußte das Gitter offen lassen. Etwa 40 bis 50 Personen drangen unter Johlen in das Gefängnis ein. Ein Soldat entriß dem Gefangenenaufseher die Schlüssel und drei bewaffnete Soldaten verlangten von einem andern Aufseher dessen Schlüssel, die dieser auch hergeben mußte. Die Wache des Gerichtes wurde alarmiert und der Wachthabende ließ die Gewehre laden. Man hatte etwa 75 Patronen zur Hand. Als die Wache herankam, war die Menge bereits im Gefängnistor und auf dem Hofe. Der Wachthabende mit einigen Mann ging dann zu einem andern eisernen Gittertor und verhandelte hier mit der Menge. Zwei bewaffnete Soldaten traten ihm hier entgegen. Es gelang jedoch die Menge zu bewegen, von einem Einbruch durch dieses Tor abzusehen. Nachdem eine Anzahl von Gefangenen befreit war, milderte sich die Befreiungswut der Menge. Sie hatte den Anschein erweckt, vielleicht auch zum Teil die Ueberzeugung gehabt, als stehe der Vollzugsausschuß hinter der Gefangenenbefreiung, was aber nicht der Fall war. Zwei Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates kamen dann hinzu und es gelang ihnen, die Menge fortzubringen und die weitere Gefangenenbefreiung zu verhindern. Sie ließen schließlich auch die beiden Angeklagten verhaften, die etwa die letzten waren, die das Gefängnis verließen. Zwei Strafgefangene hatten Gewehre erlangt und zwei Soldaten, denen dies doch wohl nicht ganz angemessen erschien, nahmen ihnen die Waffen wieder ab. Der Angeklagte Zube gab an, daß er sich im Lazarett befand und hinter dem Zuge herging. Schließlich begab er sich auch auf den Gefängnishof, um hier zu sehen, was sich ereignete. Hier traf er auch mit Berg zusammen. Tätlich habe er sich an der Sache nicht beteiligt, sondern sogar einem Gefangenen noch die Waffe abgenommen. Das Schöffengericht verurteilte Zube wegen Beteiligung an einem Landfriedensbruch zu einer Zusatzstrafe von 9 Monaten Gefängnis zu der Gefängnisstrafe von 2 Jahren, die er vom Schwurgericht in Neuruppin erhalten hatte.

Aus dem Freistadtbezirk.

Oliva. Verteilung von Lebensmitteln. Von Freitag, den 30. d. Mts. ab kommen zur Verteilung: 500 Gramm Margarine auf Marke 18 der Speisefettkarten zum Preise von 9 Mk. pro Pfund in den bekannten Geschäften. — 200 Gramm feines Weizenmehl auf Marke 7 der Lebensmittelkarten als Ersatz für fehlende Kartoffeln zum Preise von 90 Pfennig pro Pfund in den bekannten Geschäften. — 500 Gramm Auslandshaferflocken, 500 Gramm Marmelade und 1000 Gramm Auslandserbsen auf Marke 9 der Lebensmittelkarten in sämtlichen Geschäften. — Die Kleinverkaufspreise betragen: für ein Pfund Auslandshaferflocken 1,80 Mk., für ein Pfund Marmelade 2 Mk., für ein Pfund Auslandserbsen 2,60 Mk. — Wer die ihm zustehenden Waren bis Montag, den 2. August 1920 nicht abgeholt hat, verliert das Anrecht darauf.

Aus dem deutschen Osten.

Die Streiklage in Königsberg.

Im Königsberger Lohnkampfe scheinen Entscheidungen bevorzustehen, die den Streik beendigen können. Zwischen der Leitung des Elektrizitätswerks und den Vertretern der Arbeitnehmer fanden Verhandlungen statt, die zu einem gewissen Ergebnis führten. Die Arbeitnehmer haben in das Gewerkschaftshaus eine Versammlung der streikenden Arbeiter des Elektrizitätswerks einberufen, auf der man über Annahme oder Ablehnung der in den Verhandlungen vereinbarten Sätze Beschluß fassen will. Es ist berechtigte Aussicht vorhanden, daß die Arbeit im Elektrizitätswerk wieder aufgenommen werden wird.

Im übrigen ist die Streiklage unverändert. Die Speicherarbeiter hielten gestern morgen wieder eine Versammlung ab, auf der einstimmig der Beschluß gefaßt wurde, so lange weiter zu streiken, bis die ganze Branche geschlossen die Vereinbarungen bewilligt. Ein Teil der Arbeitgeber hat sich bereit erklärt, einige sträuben sich aber noch. Der Streik soll so lange weitergehen, bis auch diese Firmen nachgeben.

Deutsche Truppen im Abstimmungsgebiet. Die interalliierte Kommission wird wahrscheinlich den deutschen Truppen, die in der Gegend von Rastenburg liegen, die Erlaubnis erteilen, in das Abstimmungsgebiet einzumarschieren. Bisher herrscht in Ostpreußen vollständige Ruhe.

Chefredakteur Adolf Bartel.
Verantwortlich für den politischen Teil Adolf Bartel, für den unpolitischen Tagesteil und die Unterhaltungsbeilage Ernst Loops, für die Inserate Bruno Ewert, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag J. Gehl & Co., Danzig.

Amtliche Bekanntmachungen.

Oeffentliche Steuermahnung.

Die rückständigen Steuern für das 1. Vierteljahr (April, Mai, Juni 1920) sind **bis zum 3. August d. J. an die unterzeichnete Kasse** zu entrichten.

Von diesem Tage ab werden die Steuern kostenpflichtig beigetrieben.

Bei Zusendung auf bargeldlosem Wege oder durch die Post hat die Einzahlung unter genauer Bezeichnung des Absenders und des Steuerzeichens so rechtzeitig zu erfolgen, daß der Betrag spätestens am 3. August d. J. der Kasse zugeführt ist, widrigenfalls **die Beitreibungskosten** fällig werden und miteinzusenden sind.

Diese Bekanntmachung gilt als Mahnung im Sinne des § 7 der Verordnung betreffend das Verwaltungszwangsverfahren vom 15. November 1899.

Mahnung des einzelnen Steuerschuldners erfolgt nicht.

Kassenstunden werktäglich von 7½ bis 12 Uhr vormittags.

Bei der diesmal um den ersten des Monats herum fallenden Mahnung steht größerer Andrang in der Steuerkasse zu erwarten und wird daher auf die Seite 3 der Steuerzahlkarte abgedruckten Zahlungsmöglichkeiten noch besonders hingewiesen.

Danzig, den 23. Juli 1920. (1896

Die Städtische Steuerkasse.

Neu!
Frauenstimmen
Beiträge der sozialdemokratischen Volksvertreterinnen zu den Zeitfragen
Preis 2,25 Mark
und 20% Teuerungszuschlag
Buchhandlung Volkswacht
Am Spendhaus 6 u. Paradiesgasse 32.

Neues Operetten-Theater
(früher Wilhelm-Theater.)
Tel. 4092. Tel. 4092.
Besitzer u. Direktor Paul Bansmann.
Künstl. Leitung: Dir. Sigmund Kunstadt.
Kassenöffnung 6½ Uhr.
Rauchen verboten.
Heute Donnerstag, den 29. Juli, abends 7½ Uhr
„Die Fledermaus"
Operette in 3 Akt. Musik v. Joh. Strauß.
Vorverkauf täglich von 10—3 Uhr bei Kodlin, Langermarkt 23 und von 10—5 Uhr im Warenhaus Freymann. Sonntags v. 9—2 an d. Theaterkasse
In Vorbereitung:
„Die Schönste von Allen".
In den Parterre-Räumen:
Klein-Kunst-Bühne „Libelle"

Aha! Auch mit „FADA" Seifenpulver gewaschen.

Hotel Danziger Hof
Wintergarten
Donnerstag 4 Uhr-Tee. Reunion.
Sonnabend Reunion.
Abends 7½ Uhr Streich-Konzerte. Vorzügliche Küche.

Lavarel Shampoon (1879
stark schäumend
Ueberall erhältlich
Einführungspreis 1.— M. pro Paket.

Kleine Anzeigen
in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich

MÜNCHNER „JUGEND"
ILLUSTRIERTE WOCHENSCHRIFT FÜR KUNST UND LEBEN
VIERTELJAHR-PREIS [illegible] 12.0 MK.
EINZELNUMMER 1 MK. 50.
VERLAG DER „JUGEND" MÜNCHEN

Einfache
Wohnungseinrichtung,
Zimmer, Kabinett, für einzelne Person od. jung. Ehepaar sofort zu verk. Off. unter B 24 an die Expedition d. Ztg. (†

Makulatur
hat abzugeben
Danziger Volksstimme
Am Spendhaus 6.

Bei Gallensteinleiden
Professor Dr. Webers Gallensteinmittel Cholapin ein bewährtes Gallensteinmittel, Mk. 15.—, meist für eine Kur ausreichend. Versand Grüne Apotheke, Erfurt 561. (6023

Volksfürsorge,
Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft
Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder.
Kein Policenverfall.
— Sterbekasse. —
Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der
Rechnungsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt,
Mattenbuden 35.

Fliegenfänger,
Fliegenholz, Fliegenpapier, Naphtalin, Insektenpulver wieder in bewährter Friedensqualität empfiehlt
Drogerie am Dominikanerplatz
Bruno Fasel, Danzig,
Junkerg. 13 a. d. Markthalle.
Fernruf 3770. (1867

Geübte
Einlegerinnen,
tüchtige Tischarbeiterin, stellt ein (1874
Carl Bäcker,
Buch- und Steindruckerei,
Röpergasse 7.

Tüchtiger
Redakteur
(flotter Berichterstatter) zum baldigen Eintritt gesucht. Bewerbungen sind zu richten an den Vorsitzenden der Preßkommission, Gen. Bergmann, Schichaugasse 16.
Danziger Volksstimme.